

VERBUND Standpunkt

Energie- und Klimastrategie für Österreich – die Energiewende gestalten

Die Bundesregierung hat vor geraumer Zeit die Ausarbeitung einer integrierten österreichischen Energie- und Klimastrategie in Auftrag gegeben. Ausgearbeitet und verantwortet wird das Papier gemeinsam vom BMWFW und BMLFUW, unter Einbeziehung von BMASK, BMVIT, BMF und BKA. Nach der Veröffentlichung eines Grünbuchs im Frühsommer 2016 wurde eine breit angelegte Stakeholder-Konsultation initiiert. Auf Basis der Konsultationsergebnisse wird nun ein Weißbuch mit energie- und klimapolitischen Festlegungen bis 2030 ausgearbeitet.

Mittel- bis langfristige Ausrichtung und Zielsetzungen der Energie- und Klimapolitik

Ziel der österreichischen Energie- und Klimastrategie ist es, die Energieversorgung Österreichs langfristig sicherzustellen und gleichzeitig einen Pfad für die nahezu vollständige Dekarbonisierung des österreichischen Energiesystems in einem Transformationspfad bis 2050 aufzuzeigen. Um die diesbezüglichen Potenziale der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu veranschaulichen und zu nutzen, wären entsprechende Roadmaps für die jeweiligen Sektoren notwendig. In vielen Sektoren wird Strom eine Schlüsselrolle einnehmen: Mittels Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbaren Strom können beispielsweise im Raumwärme-Bereich, aber auch in der Mobilität substantielle CO₂-Einsparungen erzielt werden. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz. Gemäß der von Oesterreichs Energie im Jahr 2016 erarbeiteten Stromstrategie *Empowering Austria* soll der Erneuerbaren-Anteil an der Stromerzeugung 2030 bei 85 % liegen. Dies entspricht einer zusätzlichen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der Höhe von rund 20 TWh, wovon jeweils rund ein Drittel auf Wasser, Wind und PV entfallen sollen. Auch wenn der Erneuerbaren-Anteil an der Stromerzeugung stetig ansteigen wird, werden wohl bis auf weiteres auch thermische Anlagen, insbesondere hochflexible Gaskraftwerke, als Back-Up zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit notwendig sein.

Erneuerbare Energien forcieren

Um den in der Stromstrategie *Empowering Austria* aufgezeigten Erneuerbaren-Ausbau zu realisieren, wird wegen mangelnder Preissignale weiterhin eine Incentivierung der erneuerbaren Energien (RES) notwendig sein - zumindest auf absehbare Zeit. Die EU-Kommission schlägt in ihrem Clean Energy Package eine marktbasiertere Gestaltung und wettbewerbliche Vergabe der Förderungen vor. VERBUND unterstützt diesen Ansatz. Die RES-Förderung sollte in Zukunft durch marktnahe Instrumente wie Marktprämien oder Investitionsförderungen erfolgen. Wesentlich ist dabei, dass die derzeit bestehende Förderasymmetrie unter den erneuerbaren, CO₂-freien Energieträgern beendet wird. Bei Neuanlagen liegen die durchschnittlichen Erzeugungsvollkosten pro MW für Wasser, Wind und Großflächen-PV auf etwa gleichem Niveau, folglich sollten diese Technologien auch auf einem Level-Playing-Field agieren. Das heißt, einheitliches Förderinstrument für alle Technologien, also entweder Investitionsförderung oder Marktprämie. Die Notwendigkeit fairer Wettbewerbsbedingungen tut umso mehr not, als die Wasserkraft, die derzeit

Um bis 2050 eine fast vollständige Dekarbonisierung des österreichischen Energiesystems zu erreichen, bedarf es sektorspezifischer Roadmaps.

Die Ausbaupotentiale aller Erneuerbaren in Österreich müssen genutzt werden, nur so lassen sich die angestrebten Ziele erreichen. Faire Wettbewerbsbedingungen sind notwendig um die Kosten zu minimieren.

gegenüber den übrigen Erneuerbaren Energien fördertechisch massiv benachteiligt wird, vielfältige systemdienliche Aufgaben übernimmt - im Gegensatz zu diesen stark volatilen Erzeugungsformen. Die Fördervergabe sollte durch technologiespezifische Ausschreibungen erfolgen. Damit verbleibt einerseits die Entscheidungshoheit über den nationalen Energiemix beim Mitgliedstaat, andererseits wird die Kosteneffizienz durch das wettbewerbliche Vergabeverfahren erhöht.

Allein schon um die Erneuerbaren-Ziele für 2030 zu erreichen, bedarf es eines ambitionierten Ausbaus erneuerbarer Energien - in Kombination mit einer zunehmenden Elektrifizierung im Rahmen der Sektorkopplung sowie einem höheren Eigendeckungsgrad wird die Herausforderung enorm. Daher gilt es, alle bestehenden Potenziale in Österreich bestmöglich zu nützen. Dabei kommt Revitalisierungs- und Repowering-Maßnahmen, also der Leistungs- bzw. Effizienzsteigerung bestehender Kraftwerke nach Erreichen der technisch-ökonomischen Lebensdauer, eine zentrale Rolle zu. Solche Projekte können mit verhältnismäßig geringen baulichen Maßnahmen an bereits bestehenden Standorten realisiert werden. VERBUND begrüßt hier die Vorschläge des Clean Energy Packages der EU-Kommission, das beschleunigte Genehmigungsverfahren für Repowering-Projekte vorsieht. Leistungssteigerungen durch Repowering-Maßnahmen sollten im Hinblick auf die Erneuerbaren-Förderungen wie Neuanlagen behandelt werden.

CO₂-Bepreisung reformieren

Das EU-Emissionshandelssystem sollte das zentrale Steuerungselement der europäischen Klima- und Energiepolitik sein. Schon seit geraumer Zeit notiert der Preis für eine Tonne CO₂ weit unter 10 €. Um die Stromerzeugung von Kohle auf Gas umzustellen, bräuchte es aber ein Niveau von rund 20 € pro Tonne. Aus Sicht von VERBUND ist die Reform des EU-Emissionshandelssystems (und hier insbesondere der Abbau des bestehenden Zertifikate-Überschusses) zentral, um die Dekarbonisierung ökonomisch effizient voranzutreiben. Ein CO₂-Mindestpreis im Stromsektor mit entsprechenden Ausnahmen und Abgeltungen für energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrieunternehmen könnte ein gangbarer Weg sein.

Das Emissionshandelssystem muss, um das zentrale Instrument für die Dekarbonisierung zu sein, effektive Preissignale für Investitionsentscheidungen liefern.

Ausbau der E-Mobilität

Durch geeignete Rahmenbedingungen kann die Entwicklung der Elektromobilität gefördert und beschleunigt werden – mit nicht unbeträchtlichen volkswirtschaftlichen Effekten: Eine Studie der TU Wien und Fraunhofer Austria bescheinigt der neuen Technologie bei Ausnützung aller Potenziale bis 2030 die Schaffung von 57.100 neuen Arbeitsplätzen und eine zusätzliche Wertschöpfung von 3,8 Mrd. Euro in Österreich. Um der E-Mobilität zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen, kommen aus Sicht von VERBUND verschiedene Maßnahmen in Betracht, bspw. verpflichtende Zulassungsquoten. Schlüsselfaktor ist aber das Vorhandensein einer ausreichend dimensionierten Ladeinfrastruktur, entsprechend sind die Genehmigungsverfahren für deren Errichtung zu vereinfachen. Positiv wirken auch Förderungen für die Errichtung privater Ladeinfrastrukturen sowie das Vorsehen von Leerverrohrungen bei öffentlichen Parkplätzen für den zukünftigen Aufbau von Ladenetzen. Eine verstärkte Nutzung von (teil-)elektrischen Fahrzeugen im öffentlichen Sektor kann die Verbreitung der E-Mobilität ebenfalls unterstützen.

Das Potenzial der Elektromobilität ist enorm, für einen endgültigen Durchbruch am Markt bedarf es aber geeigneter Rahmenbedingungen.

Netzinfrasturktur stärken

Ein Ausbau der Netze ist unabdingbar, um die effiziente Integration der wachsenden Anteile volatiler erneuerbarer Erzeugung sicherzustellen. Der Netzausbau dient somit direkt der Energiewende. Eine Verfahrensbeschleunigung ist hier unumgänglich. Zur Sicherstellung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind bei der Bewertung von Infrastrukturprojekten in Zukunft neben Umweltschutzaspekten auch Wirtschaftsstandortaspekte wieder stärker zu berücksichtigen. Um den Netzausbau rasch umzusetzen, braucht es eine Gleichstellung des Übertragungsnetzes mit Straße und Schiene in genehmigungstechnischem Sinn, indem Bürgerbeteiligung, Trassensicherung und Bewusstseinsbildung mit anschließendem UVP-Verfahren auch für Projekte des Übertragungsnetzes bundesweit einheitlich geregelt werden.

Tarifierungssystem optimieren

Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Stromerzeugung wird stark durch die tariflichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern wird in Österreich ein maßgeblicher Anteil der Tarife von den Stromerzeugern getragen. Diese sogenannte G-Komponente beläuft sich derzeit in Summe für alle österreichischen Erzeuger auf rund 200 Mio. Euro pro Jahr und stellt eine massive Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit für die österreichischen Anlagen dar. Im Sinne eines Level Playing Field unterstützt VERBUND daher die von der EU-Kommission im Clean Energy Package vorgeschlagene stärkere Angleichung der Tarifstrukturen, insbesondere im Übertragungsbereich.

Der zunehmende Anteil volatiler Erzeugung erhöht den Bedarf an flexiblen Speicheranlagen rapide – leistungsstarke Pumpspeicher sind hier von besonderer Bedeutung. Ihre Wirtschaftlichkeit ist durch die Doppelbelastung mit Netztarifen (als Einspeiser und Entnehmer) aber massiv eingeschränkt – ein weiterer Ausbau ist angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen wirtschaftlich nur schwer darstellbar. Im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Systemstabilität spricht sich VERBUND für ein Ende der tariflichen Doppelbelastung, d.h. für eine generelle Befreiung der Pumpspeicher von den entnehmerseitigen Netzentgelten, aus.

Österreichs Pumpspeicher sind zentral für die Energiewende und dürfen durch tarifliche Belastungen nicht gegenüber ausländischen Wettbewerbern benachteiligt werden.

Fazit

Eine Reform des CO₂-Handels, etwa durch einen CO₂-Price-Floor im Stromsektor gekoppelt mit entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen für carbon-leakage gefährdete Unternehmen, ist unabdingbar, damit der CO₂-Preis wieder Lenkungswirkung entfaltet und die Energiewende kosteneffizient umgesetzt werden kann. Durch eine smarte Incentivierung erneuerbarer Energien in Österreich können die Potenziale zur Erreichung der 2030-Ziele realisiert werden. Förderungen sollten möglichst marktnah gestaltet und wettbewerbsfähig vergeben werden, z.B. durch Ausschreibung einer Marktprämie. Zentral ist die Schaffung eines Level Playing Fields im Hinblick auf Förderungen erneuerbarer Energien, also das Ende der derzeitigen Förderasymmetrie zwischen den unterschiedlichen Technologien trotz nahezu gleicher Vollkosten. Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Tarifierungsstrukturen im Binnenmarkt sollten durch eine Harmonisierung der Systeme beseitigt werden. Nicht zuletzt muss das Marktdesign derart reformiert werden, dass sich die Marktteilnehmer, bestehende und neue Akteure, auf einem Level Playing Field mit gleichen Rechten und Pflichten begegnen können. Die Elektromobilität sollte durch passende Rahmenbedingungen ebenfalls unterstützt und gefördert werden.